



## **Kleine Anfrage**

des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel (Bündnis 90 / DIE GRÜNEN)

und

## **Antwort**

**der Landesregierung** – Ministerium für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr

### **Landesunterstützung für den Flughafen Blankensee**

Vorbemerkung des Fragestellers:

In den Lübecker Nachrichten vom 3.2.09 wird der Landtagsabgeordnete Hans-Jörn Arp (CDU) auf die Frage nach Landeshilfen für den Flughafen Lübeck-Blankensee wie folgt zitiert: „Es wird auch Taten geben“ und weiter „Auch der Ministerpräsident wird voll dahinter stehen“. Der Landtagsabgeordnete Bernd Schröder (SPD) wird mit folgenden Worten zitiert: „Wir wollen beim Lübecker Flughafen alle Möglichkeiten ausloten, wie wir die Arbeitsplätze und die Investitionen sichern und der Region weitere Zukunftschancen offen halten können.“

1. Plant die Landesregierung weitere Investitionszuschüsse zur Sicherung der Sicherheitsstandards am Flughafen Blankensee zu gewähren? Wenn ja, für welche Projekte?

Derzeit nicht. Die Landesregierung wird auf Antrag tätig. Bisher liegt kein Förderantrag für den Flughafen Lübeck-Blankensee vor. Über die Zahlung von Investitionszuschüssen wird nach Maßgabe der geltenden Förderrichtlinien des Landes, z.B. im Rahmen des Zukunftsprogramms Wirtschaft, entschieden.

2. Gibt es Überlegungen in der Landesregierung Landesmittel bereitzustellen für einen eventuellen Ausbau des Flughafens Blankensee? Wenn ja, aus welchen Haushaltstiteln und Programmen?

Derzeit nicht. Der Einsatz von Landesmitteln könnte im Rahmen der allgemeinen Förderprogramme erfolgen (s. Antwort zu Frage 1).

3. Gibt es Überlegungen in der Landesregierung sich an der Flughafen Lübeck GmbH zu beteiligen und so zum Mitbetreiber zu werden?

Nein. Die Landesregierung strebt eine Beteiligung an der Flughafen Lübeck GmbH nicht an.

4. Wird die Landesregierung auf den Investor Infratil einwirken, damit dieser im Oktober 2009 nicht aus dem Vertrag mit der Hansestadt Lübeck aussteigt? Wenn ja, in welcher Form und mit welchen Angeboten?

Die Vertragsbeziehungen sind Angelegenheit der an der Flughafen Lübeck GmbH beteiligten Gesellschafter. Unabhängig davon hat die Landesregierung ein luftverkehrspolitisches Interesse, die Beweggründe und Zukunftspläne des Mehrheitsgesellschafters zu erfahren. Hierzu soll ein Gespräch zwischen dem Verkehrsminister und der Geschäftsführung von Infratil Airports Europe stattfinden.

5. Welche sonstigen Schritte des Landes sind geplant bzw. werden von der Landesregierung geprüft, um den Flughafen Lübeck zu retten?

Die Landesregierung sieht aktuell keine Gefährdung des Flughafens Lübeck Blankensee und daher auch kein Rettungserfordernis. Sie ist bemüht, trotz der öffentlichen Irritationen und Spekulationen über die Absichten des Mehrheitsgesellschafters durch zeitnahen Erlass des Planfeststellungsbeschlusses ihren Beitrag zu größerer Planungs- und Investitionssicherheit für die Flughafen Lübeck GmbH zu leisten. Die Landesregierung prüft gemeinsam mit dem Minderheitsgesellschafter fortlaufend, ob und ggf. welche weiteren Maßnahmen zu ergreifen sein werden.